

Mauro Pedrazzini: «Wir müssen der Realität ohne Angst ins Auge blicken»

Interview Mauro Pedrazzini ist der Regierungsrat, der wohl in dieser Legislatur am meisten Prügel einstecken musste, dafür aber auch grosse Reformen durchgebracht hat. Er ist ein Mann der Zahlen und Fakten und dies aus gutem Grund, wie er im Interview erklärt.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Herr Pedrazzini, Sie sind Doktor der Physik und waren in der Industrie beschäftigt. Nach dem MBA-Studium waren Sie Finanzanalyst und jetzt sind Sie Gesundheits- und Sozialminister. Wie passt das zusammen?

Mauro Pedrazzini: Das hat sich im Laufe der Zeit so ergeben. Ich hatte bisher immer das grosse Glück, einen Beruf ausüben zu können, der mich fasziniert hat und bei dem es mir leicht fiel, mich voll zu engagieren. Auch wenn es im Moment für viele nicht danach aussehen mag, auch der Beruf des Regierungsrats hat seine schönen Seiten.

Sie sind ein sehr analytischer Denker - es gibt Leute, die Ihnen vorwerfen, zu analytisch zu sein - sprich, zu sehr auf die Zahlen zu schauen anstatt auf die Menschen.

Viele glauben heute, dass Fakten keine Rolle mehr spielen und dass wir eher in einer gefühlorientierten Welt leben, in der ein Beitrag in Facebook genauso viel Wert sei wie ein seriös recherchierte Bericht. Ich bin da anderer Ansicht. Die Analyse der Zahlen und die daraus abgeleiteten Schlüsse sind nicht Selbstzweck, sondern sie müssen letztlich den Menschen dienen. Analyse heisst genauer hinschauen, sich nicht auf Gefühle oder Ausreden und Ausflüchte verlassen, sondern die Mechanismen verstehen und gegebenenfalls korrigierend eingreifen. Zahlen entlarven Fehlentwicklungen und das kann für manche Beteiligten peinlich sein.

«Analyse heisst genauer hinschauen, sich nicht auf Gefühle oder Ausreden verlassen. (...) Zahlen entlarven Fehlentwicklungen und das kann für manche Beteiligten peinlich sein.»

Wie haben sich die Sozialausgaben in den vergangenen vier Jahren entwickelt?

Sie sind, angefangen von der wirtschaftlichen Sozialhilfe, über die AHV-Renten, die IV-Renten, die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV bis zu den Gesundheitsausgaben angestiegen.

Dennoch wird Ihnen vorgeworfen, Sozialabbau betrieben zu haben. Es sei auf dem Rücken der «kleinen Leute» gespart worden. Wie sehen Sie das?

Viele Ausgaben, wie beispielsweise im Bereich der Gesundheit, wachsen weit stärker als unser Wirtschaftswachstum. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen. Daher sind Massnahmen zur Reduktion des Wachstums auf ein verkraftbares Mass nötig. Gerade das Gesundheitswesen erweist sich in dieser Beziehung als grosse Herausforderung, da sind eben zu viele Interessen im Spiel.

Die Kostenexplosion zu stoppen, war das Thema der Krankenversicherungsreform. In den letzten Wochen standen Sie deshalb ziemlich unter Beschuss, das ganze Ärzteschema war in aller Munde - rückbli-

ckend betrachtet, wo hätten die Weichen anders gestellt werden können, damit das nicht alles dermassen eskaliert wäre?

Es gilt auch im Gesundheitswesen die alte Börsenregel: «Das Geld ist nicht verloren, es hat nur den Besitzer gewechselt.»

«Die Ärztekammer hat in den letzten Jahren die Gesetzgebung stark beeinflusst - meines Erachtens zu stark.»

Sind Sie zufrieden mit der gefundenen Lösung? Immerhin wurden der Verordnung einige Zähne gezogen.

Wirklich weggefallen sind recht detaillierte Kontrollmöglichkeiten. Der Rest ist noch so, wie er sein sollte und das Gesetz ist zudem schon recht detailliert. Wichtig ist, dass der Wille des Landtags und des Volks umgesetzt und nach Tarmed abgerechnet wird. Damit tragen die Ärzte auch ihren Teil der KVG-Revision.

Für verschiedene Personen und Parteien wäre das Hausarztmodell die Lösung des Kostenproblems gewesen. Warum ist dieses Modell für Sie keine Option?

Der Trend geht meines Erachtens eher in eine andere Richtung, nämlich Ambulatorien, in denen mehrere Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen in einem Verbund arbeiten, sich über ihre Patienten austauschen, die Infrastruktur gemeinsam nutzen und damit eine effiziente und qualitativ hochwertige Grundversorgung anbieten. Bei jungen Ärztinnen und Ärzten ist die Arbeit in einer Einzelpraxis heute weniger gefragt. Die Arbeit im Team erlaubt einen besseren fachlichen Austausch sowie eine bessere Stellvertretung, und damit eine besser geregelte Arbeitszeit. Wir müssen uns auch fragen, ob einzelne Tätigkeiten, welche heute von einem Arzt ausgeübt werden, nicht genauso gut von einer im Pflegebereich gut ausgebildeten Person ausgeübt werden könnten.

Ein auch sehr emotionales und leserbriefreiches Thema war im vergangenen Jahr die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Derzeit befasst sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema. Warum ist es so schwer, da eine Lösung zu finden?

Es gibt hier einen sehr grossen Widerspruch zwischen Anspruch und Realität. Viele denken, dass es am besten sei, wenn die Mutter sich voll der Erziehung ihrer Kinder widmen würde. Die jungen Frauen sind gut ausgebildet und wollen auch als Müt-

ter weiterhin erwerbstätig sein. Ein zweites Einkommen in einer jungen Familie ist immer willkommen und der Beruf bringt auch soziale Kontakte mit sich. Schliesslich bestehen auch Bedenken, dass es sehr schwierig sei, wieder eine qualifizierte Arbeit zu bekommen, wenn man über ein Jahrzehnt nicht mehr erwerbstätig war.

«Die Ärztekammer hat in den letzten Jahren die Gesetzgebung stark beeinflusst - meines Erachtens zu stark.»

«Die Ärztekammer hat in den letzten Jahren die Gesetzgebung stark beeinflusst - meines Erachtens zu stark.»

In einer Rede haben Sie gesagt: «Wir müssen in unserer Arbeitswelt Modelle entwickeln, welche die Vereinbarkeit in besonderem Masse sicherstellen. Und wir müssen uns darüber austauschen, wie wir diese Modelle weiterentwickeln.» Was für Modelle haben Sie da im Auge?

Wenn ich die Lösung hätte, dann würde ich sie sofort verkünden. Aber es gibt eben nicht «die» Lösung, sondern es hängt von der Tätigkeit ab. Ich vergleiche unsere Situation mit den Sechziger- und Siebzigerjahren, als die Industrie mehr Arbeitskräfte brauchte als sie einstellen konnte. Damals hat man sich auf die Hausfrauen besonnen und Heimarbeit organisiert. Diese Form der Tätigkeit hatte zwar nicht den besten Ruf, weil es oft schlecht bezahlte Akkordarbeit war. Dennoch muss man sich die damalige Organisation der Arbeit anschauen: Die Produktionsprozesse wurden bis in die Wohnhäuser verlängert. Es wurden in Garagen kleine Maschinen aufgestellt und Logistik sowie Qualitätssicherung wurden diesen Gegebenheiten angepasst. Man musste flexibel sein und man hat Lösungen gefunden. Das müsste heute auch möglich sein. Die Unternehmen sollten sich austauschen, um voneinander zu lernen, was funktioniert und was nicht.

Ein wichtiges Thema, welches uns in den kommenden Jahren beschäftigen wird, ist der demografische Wandel. Wie lange wird der Staat noch in der Lage sein, Altersheimen zu subventionieren? Wird bald ein System analog zur Schweiz nötig, wo die Kinder für ihre Eltern zahlen müssen?

Ich denke, dass wir in Liechtenstein mit dem Betreuung- und Pflegegeld eine gute Lösung gefunden haben. Gleichzeitig hat sich das Angebot an ambulanter Betreuung stark verbessert, insbesondere bei den Familienhilfen. Damit ist es möglich geworden, dass viele pflegebedürftige Personen in den eigenen vier Wänden bleiben können. Das entspricht einem breiten Bedürfnis und das beschränkte Angebot an Heimplätzen wird geschont. In unserem Verständnis sollen nicht Kinder für ihre



Regierungsrat Mauro Pedrazzini: «Im Bereich der Gesundheitsversorgung bleibt die Kostensteigerung ein Dauerthema. Daran muss ständig gearbeitet werden. Nachlässigkeit über einige Jahre rächt sich bitter.» (Foto: ZVG)

Eltern zahlen, sondern die Eltern sollen im Alter ein genügendes Einkommen aus AHV und Pensionskasse sowie Ersparnis besitzen, damit derjenige Teil der Kosten getragen werden kann, den die Bewohner übernehmen müssen.

Da müssen in den kommenden Jahren aber weitere Weichen gestellt werden, damit das Einkommen aus erster bis dritter Säule dafür reicht. Wichtig ist die individuelle finanzielle Altersvorsorge. Wir müssen auch Sorge tragen für unsere AHV, aber hier ist durch die durchgeführte Reform sichergestellt, dass die Politik bei Bedarf zum Handeln gezwungen ist. Das System der Pensionskassen wurde ebenfalls reformiert und sollte als zweite Säule unbedingt erhalten bleiben, auch wenn angesichts der niedrigen Zinsen schon Zweifel am System aufkommen. Insgesamt denke ich, dass wir die finanziellen Aspekte regeln können, auch wenn die Finanzierung der Pflege wie noch vor Herausforderungen stellen wird. Es gibt aber auch eine volkswirtschaftliche Komponente: Einer überalterten Gesellschaft fehlen junge Arbeitskräfte. Ob wir immer in der Lage sein werden, diese über Grenzgänger zu importieren, wenn jenseits der Grenzen auch junge Fachkräfte fehlen, wird sich weisen. Gelingt das nicht, dann wird die Lohnsumme in unserem Land rückläufig sein. Darauf ist unsere Volkswirtschaft aber schlecht vorbereitet.

Auch wenn Sie viel abhaken konnten in den letzten vier Jahren, es gibt auch noch viel zu tun. Sie haben in einem Interview gesagt, dass

Sie durchaus nochmals das Amt des Gesundheitsministers übernehmen würden - der «Run» auf dieses Ministerium sei schliesslich nicht sehr gross. Was für Ziele würden Sie in den nächsten vier Jahren verfolgen?

Die letzten vier Jahre waren wir vor allem mit Reparaturen beschäftigt, nun kann eine Phase eingeleitet werden, in der es um Gestaltung geht. Die letzten vier Jahre waren wir vor allem mit Reparaturen beschäftigt, nun kann die Phase eingeleitet werden, in der es um Gestaltung geht. Die letzten vier Jahre waren wir vor allem mit Reparaturen beschäftigt, nun kann die Phase eingeleitet werden, in der es um Gestaltung geht.

Überangebot und den Fehlanreizen umgehen, das ist ein enormer Kostentreiber. Im Bereich der Familienpolitik ist vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Thema. Bei den Sozialleistungen müssen wir für eine bessere Koordination und effizientere Abwicklung der einzelnen Leistungen sorgen.

Ein wichtiges Thema im Wahlprogramm der FBP ist der Punkt «Arbeitsplätze sichern und auf die Zukunft ausrichten». Gerade Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik stehen ja häufig im Clinch miteinander, sprich, wie stark muss man die Wirtschaft zwingen, sozial zu sein? Mit der Flut steigen alle Boote. Die Logik muss sein, dass man durch gute Rahmenbedingungen eine starke Wirtschaft ermöglicht und dann mit sozialpolitischen Massnahmen für



Gerechtigkeit sorgt. Unternehmen, denen es finanziell gut geht, können auch soziale Verantwortung wahrnehmen. Dabei geht es nicht nur um faire Löhne oder die Beschäftigung von Personen, welche sonst vielleicht keine Arbeit finden würden, sondern auch um äusserst kostspielige, aber für die Gesellschaft wichtige Anliegen wie die Lehrlingsausbildung. Viele Manager in den Unternehmen stammen aber aus anderen Kulturkreisen, wo rauere Sitten herrschen und kurzfristige finanzielle Ziele verfolgt werden. Hier ist es meines Erachtens da und dort nötig, den «lichtensteinschen Weg» aufzuzeigen, wie man miteinander umgeht. Wir waren mit diesem Weg sehr erfolgreich.

Gibt Liechtenstein der Wirtschaft den nötigen Freiraum?
Im Grossen und Ganzen denke ich, dass das der Fall ist. Wir sind ein liberales Land, es gibt jedoch immer etwas zu verbessern. Beispielsweise bei den neueren Entwicklungen im Finanzbereich müssen wir darauf achten, dass wir mit der Regulierung einen Kurs fahren, der neue Geschäftsideen ermöglicht.

In den letzten Jahren war insbesondere der Finanzplatz, unser grösster Wirtschaftsmotor, stark im Umbruch. Als ehemaliger Finanzanalyst - welche Prognosen würden Sie dem Finanzplatz stellen?
Im Jahr 2008, als mit der Affäre Zumwinkel eine radikale Umkehr eingeleitet wurde und zudem eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise sich entspannt, hätte ich nicht geglaubt, dass neun Jahre später unser Finanzplatz immer noch in der heutigen Stärke existieren würde. Der automatische Informationsaustausch wird sich erst in den nächsten Jahren auswirken, aber ich den-

ke, dass unser Finanzplatz weiterhin gute Chancen hat. Strukturell werden sich sicher einige Veränderungen ergeben, aber das ist in anderen Branchen auch der Fall.

Wird der Finanzplatz auch in Zukunft Platzhirsch sein in der hiesigen Wirtschaft oder wird er abgelöst?
Finanzdienstleistungen tragen heute rund ein Viertel zur Bruttowertschöpfung unserer Wirtschaft bei und werden sicher auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Wir haben aber eine sehr diversifizierte Wirtschaft mit sehr bedeutenden Unternehmen auf kleinstem Raum. Das heisst, dass es eine sehr grosse Auswahl an verschiedenen Arbeitsplätzen gibt.

Welche Branchen werden aus Ihrer Sicht in Liechtenstein an Bedeutung gewinnen bzw. hätten Potenzial?
Es entstehen ständig neue Unternehmen rund um die bestehenden grossen Unternehmen. Sei es als Zulieferer oder als Auslagerungen, Abteilungen oder sogar als Konkurrenzunternehmen. Das sind natürliche Prozesse, bei denen wir darauf achten müssen, dass wir sie nicht behindern. Das heisst, dass ich vor allem in den bestehenden Branchen und verwandten Bereichen grosses Potenzial sehe. Daneben denke ich, dass wir versuchen sollten, Chancen im internationalen Handel und in der Informatik bewusster wahrzunehmen.

Da schliesst sich der Kreis wieder zum Gesundheitsministerium: Einer der grössten Wachstumsmärkte ist der Gesundheitsmarkt. In und um

Liechtenstein schiessen Kliniken wie Pilze aus dem Boden. Ist das gut?
Wir haben schon eine Überkapazität im Spitalbereich. Durch neue Angebote wird diese noch grösser. Natürlich fokussieren sich neue Angebote auf lukrative Privatpatienten und Selbstzahler, aber diese Klientel ist rar und stark umworben. Daher wird der Griff in die Kasse der Allgemeinversicherungen, also der obligatorischen Krankenpflegeversicherungen, die logische Konsequenz sein. Die Zusatzversicherungen «Privat» und «Halbprivat» müssen zudem in den nächsten Jahren umgebaut werden, sonst werden sie nicht mehr bezahlbar sein. Es gibt aber auch Bereiche, in denen die Krankenkasse nicht zum Handkuss kommt, beispielsweise bei der Schönheitschirurgie. Sie ist mittlerweile zu einer Art Konsumprodukt geworden. Aus dem Blickpunkt des Sozialversicherungswesens sind diese Angebote weniger problematisch.

«Wir haben schon jetzt eine Überkapazität im Spitalbereich. Durch neue Angebote wird diese noch grösser.»

ZUR PERSON

Mauro Pedrazzini ist seit März 2013 Regierungsrat, als Gesundheits- und Sozialpolitik verantwortlich. Der 51-jährige Doktor der Physik absolvierte an der Universität St. Gallen ein berufs begleitendes Wirtschaftsstudium (Executive MBA). Er war Leiter Forschung und Entwicklung bei der Balzers AG, bevor er als Finanzanalyst und Fondsmanager und später als Leiter Aktienmanagement tätig war. Privat ist er seit vielen Jahren liiert mit Hanni Noser.

Persönlich nachgefragt

«Minister zu werden, hätte ich mir damals überhaupt nicht vorstellen können»

Sie sind Mitglied der Band Philomena. Neben dem Kult-Song «Luag Fernseh» hat die Band auch einen Politikerlied geschrieben, in dem Sie mit Politikerliedschees spielen. Welche von diesen Klischees erfüllen Sie nun selber?
Viel zu viele! Es ist schon seltsam, dass man im Alter von 25 Jahren Texte schreibt, in denen man Politiker verspottet und dann mit 50 erkennt, dass vieles davon bei einem selbst eingetreten ist.

In der Blütezeit von Philomena trugen Sie einen beeindruckenden Lockenkopf. Wie hätten Sie damals reagiert, wenn man Ihnen gesagt hätte, dass Sie mal Minister sein werden?

Für Politik habe ich mich schon interessiert damals, ich war fleissiger «Spiegel»-Leser, aber liechtensteinische Politik fand ich nicht so spannend. Sie interessierte nur insofern, als dass man Liedtexte darüber schreiben konnte. Es waren ja heisse Themen damals: EWR-Abstimmung oder Verfassungsdiskussion, um nur einige zu nennen. Regierungsrat zu werden, hätte ich mir aber damals überhaupt nicht vorstellen können.

Sie würden gerne ein Instrument so gut spielen können wie wer?

Es gibt viele Musiker verschiedener Stilrichtungen, die ich für ihr Können bewundere. In der Popmusik spielt man ohne Noten, da genügt ein Zettel mit dem Ablauf des Stücks und den Rest hat man im Kopf. Ich kann zwar Noten lesen, aber nicht flüssig. Daher wäre ich schon zufrieden, wenn ich auf dem Klavier klassische Musik vom Blatt spielen könnte. Das habe ich nie gelernt und möchte das bei Gelegenheit nachholen.

Normalerweise hängen in den Büros der Minister Kunstwerke von meist heimischen Künstlern. In Ihrem Büro steht lediglich ein ausgestopftes Hirschkalb und die Landesfahne. Wie kam es dazu?

Der Staat hat eine umfangreiche naturkundliche Sammlung, Teile davon sind im Landesmuseum ausgestellt. Mir haben diese Präparate immer gefallen und so habe ich ein besonders sorgfältig gemachtes Exemplar für mein Büro ausgeliehen. Es gefällt mir besser als jedes Bild. Die Landesfahne soll mich jeden Tag daran erinnern, für wen ich arbeite.

Der Kurs: «Wursten für Anfänger» war der absolute Renner im aktuellen Kursbuch der Stein Egerta. Sie machen ja auch Ihre eigene Wurst. Ein neuer Trend?

Das Wissen um die Herstellung von Lebensmitteln ist in unserer Gesellschaft leider weitgehend verloren gegangen. Wir kaufen alles fertig ein. Wer selbst versucht

hat, Lebensmittel herzustellen, lernt Qualität zu schätzen.

Früher waren Sie als Tüftler bekannt. Wie schnell lief Ihr Moped?

Zu starke Leistungssteigerungen schränken die Lebensdauer empfindlich ein. Mein Moped war ein Kompromiss aus Geschwindigkeit und Haltbarkeit mit einem unauffälligen Sound, damit man nicht gleich erwischt wird.

Haben Sie heute noch Zeit zum Herumwerken oder sparen Sie sich das für die Pension?

Wenn irgendwas kaputt geht, dann versuche ich es zu reparieren. Wenn es ein technisches Problem zu lösen gibt, dann packe ich es an. Manchmal gelingt es, manchmal eben nicht. Dank dem Internet kommt man heute aber sehr weit. Die Beschäftigung mit technischen Dingen ist für mich Entspannung und mich interessiert, wie Dinge funktionieren.



Wodurch unterscheidet sich das Amt des Ministers von Ihren bisherigen Jobs in der Privatwirtschaft am stärksten?

In der Privatwirtschaft bespricht man seine Arbeit mit einer Handvoll Personen: Kollegen, Lieferanten und Kunden. In der Politik wird die Arbeit öffentlich diskutiert und teilweise sogar in jedem Detail. Das ist schon gewöhnungsbedürftig. Konkret heisst das, dass man wesentlich mehr Zeit für die Kommunikation aufwenden muss als in der Privatwirtschaft.

Was war die interessanteste Erfahrung, die Sie in den letzten vier Jahren machen durften?

Nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern.

«Postfaktisch» war das internationale Wort des Jahres. Es beschreibt eine Zeit, in der die Fakten beim politischen Handeln nicht mehr im Zentrum stehen. Auch in Liechtenstein greift dieser Trend um sich. Es wird oft mit Gerüchten und nicht mit Fakten argumentiert. Welches Gericht nervt Sie persönlich am meisten?
Mich nerven viele Aussagen, aber mir ist oft die Zeit zu schade, darauf zu reagieren. Es ist nichts Neues, dass mit Gefühlen Stimmung gemacht wird und Tatsachen so verdreht werden, dass sie zu den Gefühlen passen, die vermittelt werden sollen. Man hat sich mit «postfaktisch» nur ein neues Wort einfallen lassen für «Lügen». Ich halte es mit Abraham Lincoln: «Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen.»



Das «Volksblatt» stellte in einer dreiteiligen Interviewreihe die FDP-Regierungskandidaten Mauro Pedrazzini, Adrian Hasler und Aurelia Frick vor. (Foto: Zanghellini)